Hinweis: Passagen in roter Schrift sind ggfls. abweichend von der Mustersatzung oder Besonderheiten, über die eventuell ausführlicher beraten werden muss

Stellplatzsatzung der Gemeinde Rosendahl vom

Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat in seiner Sitzung am aufgrund der §§ 48 Abs. 1, 86 Abs. 1 Nr. 22 und 89 Abs. 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21.07.2018 (GV. NRW. 2018, S. 421), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30.06.2021 (GV. NRW. 2021, S. 822), und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29.09.2020 (GV. NRW. 2020, S. 916) folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich und Zuständigkeit

- (1) Die Satzung gilt für das gesamte Gebiet der Gemeinde Rosendahl.
- (2) Die Regelungen in Bebauungsplänen oder sonstigen Satzungen, die von Regelungen dieser Satzung abweichen, bleiben unberührt.
- (3) Für Entscheidungen nach dieser Satzung ist die untere Bauaufsichtsbehörde zuständig.

§ 2 Herstellungspflicht und Begriffe

(1) Bei der Errichtung, wesentlichen Änderung oder wesentlichen Nutzungsänderung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug und Fahrrädern oder fahrradähnlichen Leichtkrafträdern zu erwarten ist, müssen Stellplätze (notwendige Stellplätze) und Abstellplätze für Fahrräder (notwendige Abstellplätze) hergestellt werden. Bei Änderungen oder Nutzungsänderung von Anlagen sind Stellplätze und Fahrradabstellplätze in solcher Zahl und Größe herzustellen, dass sie den Mehrbedarf aufnehmen können.

(2) Stellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen und eine **Mindestbreite von 2,50 Meter** aufweisen. Hierzu zählen auch Garagen. Garagen und Carports sind ganz oder teilweise umschlossene Räume zum Abstellen von Kraftfahrzeugen. Fahrradabstellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Fahrrädern außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen und die

1. von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen/Aufzüge entsprechend der geltenden Richtlinien barrierefrei, verkehrssicher und leicht erreichbar sind,
2. einen sicheren Stand und die Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
3. einzeln leicht zugänglich sind und
4. eine Fläche von mindestens 1,5 m² pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben.

(3) Notwendige Stellplätze und Fahrradabstellplätze müssen spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme beziehungsweise der Nutzbarkeit der baulichen oder sonstigen Anlagen fertiggestellt sein. Notwendige Stellplätze können auch in Form von Garagen oder Carports nachgewiesen werden.

(4) Die Regelungen zur Herstellung von Stellplätzen für Menschen mit Behinderung, deren Anzahl sowie deren Anforderungen nach § 48 Abs. 2 BauO NRW und §§ 13, 88 Sonderbauverordnung NRW bleiben unberührt.

§ 3 Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze

(1) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze ergibt sich aus Anlage 1 zu dieser Satzung und den nachfolgenden Regelungen. Alternativ kann eine Einzelfallberechnung von den Bauwilligen vorgelegt oder von der Bauaufsichtsbehörde angefordert werden.

(2) Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in Anlage 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. Dabei sind die in Anlage 1 für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Orientierungswerte heranzuziehen. Diese sind anschließend in einer Einzelfallberechnung von Seiten der zur Herstellung von Stellplätzen verpflichteten zu überprüfen und der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.

(3) Bei Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und notwendigen Fahrradabstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist. Eine solche wechselseitige Benutzung ist bei öffentlich-rechtlicher Sicherung auch bei der Bestimmung der Anzahl der notwendigen Stellplätze und der notwendigen Fahrradabstellplätze verschiedener Vorhaben in zumutbarer Entfernung zulässig.

(4) Steht die Gesamtzahl der nach Richtzahlentabelle in Anlage 1 ermittelten notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze in einem offensichtlichen Missverhältnis zum tatsächlichen Bedarf, so kann die sich ergebende Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze entsprechend erhöht oder gemindert werden. Der Nachweis des offensichtlichen Missverhältnisses ist verpflichtend durch Antragstellende zu erbringen. Ob ein offensichtliches Missverhältnis besteht entscheidet die untere Bauaufsichtsbehörde beim Kreis Coesfeld.

(5) Ergeben sich bei der Ermittlung der Zahl der Stellplätze oder der Fahrradabstellplätze Nachkommastellen, ist auf ganze Zahlen (**ab- oder**) aufzurunden.

(6) Bis zu 25 von Hundert der notwendigen Stellplätze können durch die Schaffung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen ersetzt werden. Dabei sind für einen Stellplatz vier Fahrradabstellplätze herzustellen.

(7) Werden in einem vor dem Inkrafttreten der Satzung fertiggestellten Gebäude im Geltungsbereich dieser Satzung

1. in Folge einer Nutzungsänderung oder
2. durch Aus-/Neubau des Dach- oder Kellergeschosses

erstmalig oder zusätzlich Wohneinheiten geschaffen, so brauchen notwendige Stellplätze und notwendige Fahrradabstellplätze nicht hergestellt zu werden, soweit die Herstellung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen auf dem Grundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. **Satz 1 ist für maximal 2 Wohneinheiten je Gebäude (Gebäudeklasse 1 bis 3 nach § 2 Abs. 3 BauO NRW) anwendbar; sollte diese Anzahl überschritten werden, sind die notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze vollumfänglich herzustellen.**

(8) Die Pflicht zur Herstellung der notwendigen Stellplätze kann gemäß der Anlage 2 für besondere Maßnahmen zu dieser Satzung bis zu % ausgesetzt werden, solange und soweit nachgewiesen wird, dass der Stellplatzbedarf durch diese Maßnahmen nachhaltig verringert wird und soweit nach Absatz 1 mehr als Stellplätze notwendig sind.

Die besonderen Maßnahmen sind durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zu sichern **und von den Bauwilligen eigenständig sowie jährlich nachzuweisen.** Wird eine Maßnahme nach Satz 1 über

Hinweis: Passagen in roter Schrift sind ggfls. abweichend von der Mustersatzung oder Besonderheiten, über die eventuell ausführlicher beraten werden muss

die gesamte Dauer einer befristeten Aussetzung der Stellplatzpflicht vorgehalten, gilt die Stellplatzherstellungspflicht nach Ablauf dieses Zeitraumes insoweit als erfüllt. Die Aussetzung ist zu widerrufen, wenn innerhalb des Aussetzungszeitraumes der Nachweis, dass die Voraussetzungen für die Aussetzung der Stellplatzpflicht noch erfüllt sind, nicht mehr erbracht wird. Sofern ausgesetzte Stellplätze abgelöst werden sollen, gilt der zum Zeitpunkt der Ablösung maßgebliche Ablösungsbetrag.

(9) In den Fällen der Absätze 2 bis 4 ist über die Festlegung der Anzahl der notwendigen Stellplätze und der notwendigen Fahrradabstellplätze im Einvernehmen mit der Gemeinde Rosendahl zu entscheiden.

§ 4 Anforderungen an Stellplätze und Fahrradabstellplätze

(1) Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück oder auf einem Grundstück in zumutbarer Entfernung, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. Zumutbar ist eine fußläufige Entfernung notwendiger Stellplätze zum Baugrundstück von maximal 500 m, bei Wohnungsbauvorhaben von maximal 300 m. Bei notwendigen Fahrradabstellplätzen darf die Entfernung zum Baugrundstück maximal 100 m betragen. Wenn Gründe des Verkehrs dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Stellplätze und Fahrradabstellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind.

(2) Stellplätze und Fahrradabstellplätze müssen so angeordnet und ausgeführt werden, dass ihre Benutzung die Gesundheit nicht schädigt und Lärm oder Gerüche das Arbeiten und Wohnen, die Ruhe und die Erholung in der Umgebung nicht über das zumutbare Maß hinaus stören.

(3) Stellplätze sind nach der Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten (Sonderbauverordnung - SBauVO) vom 02.12.2016 in der jeweils gültigen Fassung herzustellen.

(4) Fahrradabstellplätze müssen

1. von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen/Aufzüge verkehrssicher und leicht erreichbar sein,
2. einen sicheren Stand und die Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
3. einzeln leicht zugänglich sein und
4. eine Fläche von mindestens 1,5 m² pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben.

Andere Städte stellen z.B. weitere Anforderungen an Stellplätze und Fahrradabstellplätze:

(3) ¹Notwendige Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück mit Nähe zum Eingangsbereich herzustellen. ²Notwendige Fahrradabstellplätze für den Besucheranteil einer Nutzung nach Anlage 1 müssen in Ergänzung zu § 2 Absatz (2) Satz 4

1. eine Anschließmöglichkeit für den Fahrradrahmen haben,
2. dem Fahrrad durch eine Anlehnvorrichtung einen sicheren Stand ermöglichen und
3. im Abstand von 1,50 m voneinander angeordnet werden, wenn mehrere Anlehnbügel nebeneinander aufgestellt werden.

³Notwendige Fahrradabstellplätze für Beschäftigte, Schüler, Studierende oder sonstige dauerhafte Nutzer einer Einrichtung nach Anlage 1 müssen darüber hinaus

1. ab einer Anzahl von 10 notwendigen Fahrradabstellplätzen überdacht werden,
2. bei jedem 11. notwendigen Fahrradabstellplatz eine zusätzliche Fläche von mindestens 1,5 m² zum Abstellen von Lastenrädern oder Kinderanhängern vorweisen, sodass sich eine Abstellfläche von insgesamt 3 m² zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche ergibt.

⁴Notwendige Fahrradabstellplätze für Bewohner sind in abschließbaren und witterungsgeschützten Räumen oder Fahrradboxen herzustellen und so zu dimensionieren, dass ein Einfahren, Ausfahren und Abstellen der Fahrräder ohne weitere Rangiervorgänge oder das Umräumen von anderen Fahrrädern möglich ist.

Hinweis: Passagen in roter Schrift sind ggfls. abweichend von der Mustersatzung oder Besonderheiten, über die eventuell ausführlicher beraten werden muss

⁵Bei jedem 11. notwendigen Fahrradabstellplatz ist eine zusätzliche Fläche von mindestens 1,5 m² zum Abstellen von Lastenrädern oder Kinderanhängern vorweisen. ⁶Fahrradboxen müssen ein Mindestinnenmaß von 2 m Länge, 1,45 m Höhe und 0,80 m Breite pro Rad aufweisen.

(4) Für notwendige Kfz-Stellplätze, die im Zusammenhang mit der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen herzustellen sind, gilt das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in der jeweils gültigen Fassung.

(5) ¹Erstmalig herzustellende, oberirdische Pkw-Stellplätze sind wasserdurchlässig² anzulegen. ²Je angefangene 4 zusammenhängend angeordnete Stellplätze ist ein Baum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. ³Die Bepflanzung erfolgt in räumlichem Zusammenhang mit standortgerechten, hochstämmigen Laubbäumen (mindestens 3 x verpflanzt, Mindeststammumfang 18-20 cm) fachgerecht entsprechend den „Empfehlungen für Baumpflanzungen, Teil 2“ der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V. in der aktuell gültigen Fassung³. ⁴Für den Wurzelraum eines Baumes ist ein Volumen von mindestens 12 m³ zur Verfügung zu stellen.

§ 5 Ablösung

(1) Ist die Herstellung notwendiger Stellplätze **oder notwendiger Fahrradabstellplätze** nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich, so kann auf die Herstellung von Stellplätzen verzichtet werden, wenn die zur Herstellung Verpflichteten an die Gemeinde Rosendahl einen Geldbetrag zahlen.

(2) Die Höhe des Ablösungsbetrages für notwendige Stellplätze ist gemäß der in **Anlage 3, die in der Fassung vom Maßstab 1:5000 verbindlicher Bestandteil der vorliegenden Satzung ist aufgeführten Gebiete auf**
a) € in Gebietszone I
b) ... € in allen weiteren Gebieten der Gemeinde Rosendahl festgelegt.

(3) Die Höhe des Ablösungsbetrages für notwendige Fahrradabstellplätze ist gemäß der in **Anlage 3 aufgeführten Gebiete auf**
a) ... € in Gebietszone I
b) ... € in allen weiteren Gebieten der Gemeinde Rosendahl festgelegt.

(Die Gebietszonen sind u. U. noch festzulegen!)

(4) Der Geldbetrag nach Abs. 2 ist zu verwenden für

- a) die Herstellung zusätzlicher oder die Instandhaltung, die Instandsetzung oder die Modernisierung bestehender Parkeinrichtungen,
- b) sonstige Maßnahmen zur Entlastung der Straßen vom ruhenden Verkehr einschließlich investiver Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs.

(5) Die Verwendung des Geldbetrages muss für die Erreichbarkeit des Bauvorhabens, das die Zahlungspflicht auslöst, einen Vorteil bewirken.

(6) Über die Ablösung entscheidet die Gemeinde Rosendahl. **Es besteht kein Anspruch auf eine Ablösung.**

(7) Der Geldbetrag darf 80 vom Hundert der durchschnittlichen Herstellungskosten von Parkeinrichtungen nach Absatz 4 einschließlich der Kosten des Grunderwerbs im Gemeindegebiet oder in bestimmten Teilen des Gemeindegebietes nicht überschreiten.

Hinweis: Passagen in roter Schrift sind ggfls. abweichend von der Mustersatzung oder Besonderheiten, über die eventuell ausführlicher beraten werden muss

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 86 Abs. 1 Nr. 20 BauO NRW handelt, wer entgegen § 2 Abs. 1 die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer baulichen oder sonstigen Anlage vornimmt, ohne den hierdurch ausgelösten Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarf oder Mehrbedarf an Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen in ausreichender Zahl hergestellt zu haben **oder wer notwendige Stellplätze nach § 3 beseitigt oder zweckentfremdet.**

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 15.000 Euro geahndet werden.

§ 7 Übergangsvorschriften

(1) Diese Satzung findet auf Bauvorhaben, bei denen der Bauantrag vor Inkrafttreten dieser Satzung bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist, nur dann Anwendung, wenn diese Satzung für den Bauherrn günstigere Regelungen enthält.

(2) Ist über die Zulässigkeit eines Vorhabens bereits durch Vorbescheid entschieden oder wird ein Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides vor Inkrafttreten dieser Satzung gestellt, so gilt Abs. 1 entsprechend, soweit sich der Vorbescheid auch auf die Lage oder Anzahl der Stellplätze erstreckt.

(3) Abweichende Regelungen in zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bestehenden Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen bleiben unberührt.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die „Satzung über die Festlegung der Höhe des Geldbetrages nach § 51 Abs. 6 der Bauordnung für das Land NRW (Stellplatzablösesatzung) vom 01.10.2001 außer Kraft.

Anlagen zur Stellplatzsatzung:

Anlage I zur Stellplatzsatzung

St = Stellplatz bzw. Fahrradabstellplatz

Richtzahlentabelle der verschiedenen Nutzungsarten und Nutzungen

Nr.	Nutzungsart/Nutzung	Zahl der Stellplätze	Zahl der Fahrradabstellplätze
1	Wohngebäude und Wohnheime		
1.1	Wohngebäude der Gebäudeklasse 1 und 2 mit nicht mehr als zwei Wohnungen (Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften)	2 St je Wohneinheit, ab einer Wohnungsgröße von 140 m ² 1 zusätzlicher St	kein Nachweis erforderlich
1.2	Wohngebäude ab der Gebäudeklasse 3 (Mehrfamilienhäuser ab 3 Wohneinheiten)	1,5 St je WE, ab einer Wohnungsgröße von 140 m ² 1 zusätzlicher St	2 St je Wohneinheit
1.3	Kinder- und Jugendwohnheime	1 St je 9 Betten <i>davon 10 % Besucheranteil</i>	1 St je 3 Betten <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
1.4	Pflegeheime, Seniorenwohnheime, Wohnheime für Menschen mit Behinderungen und sonstige Wohnheime	1 St je 10 Betten <i>davon 10 % Besucheranteil</i>	1 St je 20 Betten; mindestens 3 St <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
2	Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen		
2.1	Büro- und Verwaltungsräume (allgemein)	1 St je 30 m ² Nutzfläche <i>davon 10 % Besucheranteil</i>	1 St je 40 m ² Nutzfläche <i>davon 10 % je Besucheranteil</i>
2.2	Räume mit erheblichem Besucher/innenverkehr (Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume, Arztpraxen o.ä.)	1 St je 20 m ² Nutzfläche, jedoch mindestens 3 St <i>davon 75 % Besucheranteil</i>	1 St je 30 m ² Nutzfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>
3	Verkaufsstätten		
3.1	Verkaufsstätten bis 800 m ² Verkaufsfläche	1 St je 40 ² Verkaufsfläche, jedoch mindestens 2 St <i>davon 75 % Besucheranteil</i>	1 St je 50 m ² Verkaufsfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>
3.2	Verkaufsstätten mit mehr als 800 m ² Verkaufsfläche	1 St je 20 m ² Verkaufsfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>	1 St je 50 m ² Verkaufsfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>
3.3	Verkaufsstätten mit großen Ausstellungsflächen (z.B. Autohäuser, Möbelhäuser etc.)	1 St je 80 m ² Verkaufsfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>	1 St je 200 m ² Verkaufsfläche <i>davon 75 % Besucheranteil</i>
4	Versamlungsstätten außer Sportstätten, Kirchen		
4.1	Versamlungsstätten	1 St je 10 Sitzplätze <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 25 Sitzplätze <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
4.2	Kirchen und andere Räume, die der Religionsausübung dienen	1 St je 30 Plätze <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 50 Plätze <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
5	Sportstätten		
5.1	Sportplätze, mit und ohne Clubheim	1 St je 250 m ² Sportfläche, zusätzlich 1 St je 15 Besucherplätze	1 St je 250 m ² Sportfläche, zusätzlich 1 St je 20 Besucherplätze
5.2	Spiel- und Sporthallen	1 St je 50 m ² Hallenfläche, zusätzlich 1 St je 10 Besucherplätze	1 St je 50 m ² Hallenfläche, zusätzlich 1 St je 20 Besucherplätze
5.3	Freibäder und Freiluftbäder	1 St je 300 m ² Grundstücksfläche	1 St je 150 m ² Grundstücksfläche

5.4	Hallenbäder	1 St je 5 Kleiderablagen, zusätzlich 1 St je 15 Besucherplätze	1 St je 10 Kleiderablagen, zusätzlich 1 St je 15 Besucherplätze
5.5	Reitanlagen	1 St je 2 Pferdeeinstellplätze	1 St je 2 Pferdeeinstellplätze
5.6	Fitnesscenter	1 St je 15 m ² Sportfläche <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 20 m ² Sportfläche <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
5.7	Tennisanlagen	2 St je Spielfeld, zusätzlich 1 St je 15 Besucherplätze	1 St je Spielfeld, zusätzlich 1 St je 20 Besucherplätze
6	Gaststätten, Vergnügungsstätte und Beherbergungsbetriebe		
6.1	Gaststätten	1 St je 8 m ² Gastraum <i>davon 75 % Besucheranteil</i>	1 St je 8 m ² Gastraum <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
6.2	Hotels, Pensionen, Kurheime und andere Beherbergungsbetriebe	1 St je 3 Betten <i>davon 75 % Besucheranteil</i> für zugehörigen Restaurationsbetriebe Zuschlag nach Nr. 6.1	1 St je 10 Betten, mindestens 4 St <i>davon 25 % Besucheranteil</i> für zugehörigen Restaurationsbetrieb Zuschlag nach Nr. 6.1
6.3	Tanzlokale, Discotheken	1 St je 5 m ² Gastraum <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 8 m ² Gastraum <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
6.4	Jugendherbergen	1 St je 8 Betten <i>davon 25 % Besucheranteil</i>	1 St je 8 Betten <i>davon 25 % Besucheranteil</i>
6.5	Sonstige Vergnügungsstätten	1 St je 20 m ² Nutzfläche, mindestens jedoch 3 St	1 St je 20 m ² Nutzfläche, mindestens jedoch 3 St
7	Krankenhäuser und Kliniken		
7.1	Universitätskliniken und ähnliche Lehrkrankenhäuser	1 St je 2 Betten, zusätzl. St nach 2.2 <i>davon 50 % Besucheranteil</i>	1 St je 15 Betten, zusätzlich St nach 2.2 <i>davon 20 % Besucheranteil</i>
7.2	Krankenhäuser, Kliniken und Kureinrichtungen	1 St je 4 Betten <i>davon 60 % Besucheranteil</i> , zusätzlich Stellplätze nach 2.2	1 St je 20 Betten <i>davon 40 % Besucheranteil</i> , zusätzlich St nach 2.2
8	Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendförderung		
8.1	Kindergärten, Kindertagesstätten	1 St je 10 Kinder, jedoch mindestens 2 St	1 St je 10 Kinder, jedoch mindestens 2 St <i>davon 50 % Besucheranteil</i>
8.2	Grundschulen	1 St je 25 Schüler*innen	1 St je 4 Schüler*innen <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
8.3	Sonstige allgemeinbildende Schulen	1 St je 25 Schüler*innen, zusätzlich 1 St je 8 Schüler*innen über 18 Jahre	1 St je 4 Schüler*innen <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
8.4	Sonstige Fortbildungseinrichtungen	1 St je 5 Teilnehmendenplätze	1 St je 5 Teilnehmendenplätze <i>davon 20 % Besucheranteil</i>
8.5	Jugendzentren	1 St je 200 m ² Nutzfläche	1 St je 15 m ² Nutzfläche <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
9	Gewerbliche Anlagen		
9.1	Handwerks- und Industriebetriebe	1 St je 70 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte <i>davon 20 % Besucheranteil</i>	1 St je 70 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
9.2	Lagerräume, Lagerplätze, Ausstellungs- und Verkaufsplätze	1 St je 100 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte <i>davon 10 % Besucheranteil</i>	1 St je 100 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte <i>davon 10 % Besucheranteil</i>
9.3	Kraftfahrzeugwerkstätten	6 St je Wartungs- und Reparaturstand	1 St je 7 Wartungs- oder Reparaturstände, mindestens 3
9.4	Tankstellen	1 St, mit Verkaufsstätte zusätzlich St nach 3.1	1 St, mit Verkaufsstätte zusätzlich St nach 3.1

10	Verschiedenes		
10.1	Begräbnisstätten (z.B. Friedhöfe)	1 St je 1.000 m ² Grundstücksfläche, jedoch mindestens 10 St	1 St je 1.000 m ² Grundstücksfläche, mindestens jedoch 4 St je Eingang
10.2	Sonnenstudios	1 St je 3 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 St <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 3 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 St <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
10.3	Waschsalons	1 St je 6 Waschmaschinen, jedoch mindestens 2 St <i>davon 90 % Besucheranteil</i>	1 St je 6 Waschmaschinen, jedoch mindestens 2 St <i>davon 90 % Besucheranteil</i>
10.4	Museen und Ausstellungsgebäude	1 St je 200 m ² Ausstellungsfläche <i>davon 80 % Besucheranteil</i>	1 St je 100 m ² Ausstellungsfläche, mindestens 5 St <i>davon 80 % Besucheranteil</i>

Der Begriff **Nutzfläche** ist grundsätzlich entsprechend der Regelung der DIN 277 zu definieren
(Nutzfläche = Summe der Grundfläche mit Nutzungen (derjenige Teil der Netto-Raumfläche [NRF], der
der Nutzung des Bauwerks aufgrund seiner Zweckbestimmung dient))

Verkaufsnutzfläche:

Grundfläche aller dem Kundenverkehr dienenden Räume mit Ausnahme von Fluren, Treppenträumen,
Toiletten, Waschräumen und Garagen